

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Pettzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 28.

Cöln, den 12. Juli 1907.

VIII. Jahrgang.

Auf guter Bahn.

Die wenig befriedigende Entwicklung der Mitgliederzahlen unseres Verbandes im Jahre 1906 hat wohl bei allen Kollegen den Willen nach Abhilfe erweckt.

Wollt es im Vorjahre den Verband nach innen zu stärken, ihm eine gesunde finanzielle Grundlage zu schaffen, so ist das laufende Jahr herbeizuführen, dem äußeren Ausbau des Verbandes in erhöhtem Maße zu dienen.

In den Kollegienkreisen bricht sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn, daß die im Vorjahre vorgenommene Reorganisation, durch die Beitragserhöhung, im Interesse der geistlichen Fortentwicklung des Verbandes, eine zwingende Notwendigkeit war. Hätte die Mehrzahl der Delegierten auf dem vorjährigen Verbandstage sich von den Gründen, die gegen eine Beitragsregulierung vorgebracht wurden, umstimmen lassen, so wäre die Entwicklung des Verbandes in wesentlich andere Bahnen gelenkt worden.

Anstatt der Stagnation, wäre bei der vorhandenen Begeisterung, gewiß eine wesentliche Erhöhung der Mitgliederzahlen herbeigeführt worden. Damit war dem Verbande im gegebenen Moment jedoch nicht gedient. Lieber eine kleinere Zahl von zielbewußten und daher auch opferfreudigen Kollegen, als eine auf niedrige Beiträge und möglichst hohe Unterstützungen rechnende Nachläuferschaar.

Es war deshalb nur zu begrüßen, und die seitherige Entwicklung des Verbandes gibt dem Recht, wenn sich die für das Erstarken des Verbandes in den Reihen der Mitglieder tätige Energie, auf die Reform der Beitragsleistung konzentrierte. Wäre dieses nicht geschehen, so ständen heute die opferwilligen Kollegen mit einer großen Anzahl von Beisitzern, die den Verband als melende Kuh betrachten, gegenüber, die den Verband seiner Aufgabe nach der unangenehmsten Seite hin nicht gewachsen sei.

Kämpfe, wie sie in früheren Zeiten nicht bekannt, sind nun auszufechten. Ohne Munition jedoch, ist es ausgeschlossen, sie für die Kollegenschaft siegreich durchzuführen. In heutiger Zeit geführter Lohnkampf stellt infolge der ungünstigeren Konstellation der Arbeitgeber durch die von ihnen geschaffenen Verbindungen, höhere Anforderungen an die Gewerkschaft. Die Zeiten, wo ein Bühleraler Kampf zu den bedeutendsten gezählt werden konnte, sind vorbei.

Wäre die innere Reorganisation des Verbandes nicht erfolgt, so wäre damit gleichzeitig seine Machtlosigkeit bei künftigen Kämpfen festgelegt.

Die vor sich gegangene Entwicklung kann daher von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, nur begrüßt werden. Daß nunmehr, wo eine „Gewöhnung“ an hohe Beiträge eingetreten ist, der äußeren Entwicklung des Verbandes besser gebient werden kann, ist nur zu natürlich. Entwickelt sich der Verband in der kommenden Zeit in ähnlicher Weise wie im ersten Halbjahr 1907, so dürften sich die Kampfreihen des Verbandes am Jahreschluß nicht unwesentlich verlängert haben. Die Mitgliederzunahme war im ersten Quartal eine höchst befriedigende und ist für das zweite Quartal eine ebenso hohe zu erwarten. Ueber 30 Zahlstellen hatten im ersten Quartal eine Mitgliederzunahme von über 10 zu verzeichnen. So nahmen zu die Zahlstellen Aachen 13 Mitglieder, Ahlen 13, Andernach 15, Bonn 13, Bocholt 29, Beckum 13, Breslau 13, Cöln 25, Düsseldorf 12, Dortmund 13, Emmerich 23, Ehen 79, Elberfeld-Barmen 47, Frankenstein 13, M. Gladbach 18, Gladbeck 12, Gelsenkirchen 12, Herne 12, Hagen 11, Hilbesheim 12, St. Johann 11, Lohne 10, Pipp Springs 13, Münster 22, Neustadt (Baden) 11, Neustadt (Westpr.) 84, Pommern 59, Ramburg 119, Reichenhall 12, Todenau 80 usw.

Eine bedeutende Mitgliederzunahme wird für das 2. Quartal aus den Städten gemeldet, in denen der sozialdemokratische Terrorismus zu Hause ist, so München, Stuttgart, Mannheim, Frankfurt, Mainz, Gelsenkirchen, Dortmund, Bremen, Hannover und Breslau.

Während hier meistens der Terrorismus der „Genossen“ Kollegen anspricht, ihre Organisation zu kräftigen, sind es anderwärts die in letzter Zeit im Verbande lebhaft einsetzenden Bestrebungen, die eine geistliche Entwicklung des Verbandes erhoffen lassen; die Pfarrer machen sich durch den Kampf aufgewacht. Das Bielefeld, das bedeutendste katholische Pfarrergebiet ist erschlossen. Überall wo die Holzindustrie herrscht, regt sich unter den Kollegen.

Die Tapezierer bildeten neue Sektionen in Bochum, Bonn, Cöln und Mannheim. Unter den Stellmachern pulsiert ein gewerkschaftliches Leben. Die Korbmacher, die bisher fast ganz im Verbanne fehlten, stellen sich ein. Ihre

Mitgliederzahl im Bracheler und Pfälzer Gebiet zählt bereits nach Hunderten. So wie bei den genannten Berufen herrscht auch Leben bei den Berggoldern, Modellschreibern und Korlarbeitern.

Auf der ganzen Linie geht's vorwärts. Neue Schaffensfreude tut sich kund. Allenfalls herrscht Begeisterung und emsiges Vorwärtstreben. Die Bahn auf der sich der Verband befindet ist gut. Nur so weiter.

Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Solch tiefgehenden geistigen Kämpfe und Strömungen wie sich in der deutschen Arbeiterbewegung zeigen, sind in keiner ausländischen Arbeiterbewegung zu finden. Wenn wir diejenigen Länder, welche eine ähnlich starke Gewerkschaftsbewegung haben wie Deutschland, nämlich England und Amerika zum Vergleich heranziehen, so sehen wir, daß dort solche Kämpfe und Strömungen nicht zu verzeichnen sind. In keinem anderen Lande ist aber auch eine so umfangreiche gewerkschaftliche Literatur vorhanden als wie in Deutschland. Während hier fast jede Gewerkschaft ihr eigenes Organ hat, kennt man in England und Amerika Gewerkschaftsblätter in unserem Sinne nicht. So gibt z. B. der englische Maschinenbauer-Verband, eine Gewerkschaft, welche über ein Vermögen von 15 Mill. Mark verfügt, nur monatlich, manchmal noch seltener, eine Druckschrift heraus, welche sich lediglich mit inneren Fragen beschäftigt. Auch das Versammlungswesen ist dort nicht so gut ausgebildet wie in Deutschland; nur Fragen des Berufes werden behandelt. Eine Erziehungsarbeit der Gewerkschaftsmitglieder durch Presse und Versammlungen wie bei uns, wird dort nicht vorgenommen. Es ist daher auch eine solche Reg- und Strebamkeit auf geistlichem Gebiete in der Arbeiterbewegung nicht zu finden. Freilich haben die bei uns hervortretenden Strömungen auch ihre Schattenseiten. Es werden dadurch Fragen in die Arbeiterbewegung hineingeworfen, welche nicht hinein gehören. Die dadurch entstandene Zersplitterung auf wirtschaftlichem Gebiet ist allerdings nicht so schlimm als wie wohl gewöhnlich angenommen wird. Wenn man einen Vergleich zieht mit England und Amerika, so steht die deutsche Gewerkschaftsbewegung immer noch am geschlossensten da. In England sind 2 Mill. Gewerkschaftler in rund 1100 Verbänden organisiert. In Amerika, wo die Zahl der organisierten Arbeiter ebenso groß ist, verteilen dieselben sich auf etwa 500 Verbände. In Deutschland, wo drei große Gewerkschaftsverbände vorhanden sind, mit ebenfalls über 2 Mill. Mitgliedern, bestehen im ganzen nur etwa 100 Organisationen.

Der Kampf der Organisationen spielt hauptsächlich auf geistlichem Gebiete. Da ist zunächst die sozialdemokratische Richtung. Bekanntlich ist in Deutschland auch die politische Arbeiterbewegung am stärksten vertreten. Im Gegensatz hierzu ist in England und Amerika die Sozialdemokratie nur schwach. Die Ursachen hierfür sind sehr nahelegend. Als die deutsche Arbeiterschaft das Koalitionsrecht erhielt, war bereits seit fast 20 Jahren eine politische Arbeiterbewegung vorhanden. Da wandte sich die Arbeiterschaft mehr der politischen Bewegung zu, weil sie glaubte, auf diesem Wege die hervortretenden Mißstände beseitigen zu können. Da auch das geistliche Leben um die Mitte des vorigen Jahrhunderts von der ungläubigen Wissenschaft beherrscht war, fand die Sozialdemokratie einen äußerst günstigen Boden vor. Rasch suchte die Arbeiter für eine Diesseitsreligion zu gewinnen, und so ging die ganze Arbeiterbewegung ins sozialdemokratische Fahrwasser über. Als dann das Koalitionsrecht gewährt wurde, war die entstehende Gewerkschaftsbewegung bereits von der Sozialdemokratie mit ihrem Geiste durchtränkt.

Es ist nun auch wohl die Frage berechtigt, hat die Sozialdemokratie bereits einen mehr oder weniger großen Teil ihrer politischen Forderungen erreicht? Man muß hier mit einem runden „Nein“ antworten. Vom Endziel der sozialdemokratischen Bewegung sind wir heute noch ebenso weit entfernt als wir zur Zeit Lassalles. Eine Bewegung aber, welche 50 Jahre um ihre Forderungen gekämpft und nicht davon erreicht hat, kann keine gesunde sein. Früher glaubte man, innerhalb der Sozialdemokratie, es gehe mit Riesenschritten dem Zukunftsziel entgegen. Die Prophezeiungen Sebels von 1893 sind noch in aller Erinnerung; schon 1898 sollte der große Kladderadatsch eintreten. Das Jahr 1898 liegt neun Jahre hinter uns und doch ist noch alles so wie früher. Auch im Jahre 1903 nach dem 3 Millionensteg glaubte die Sozialdemokratie es gäbe kein Aufhalten ihrer Bewegung mehr. Die Enttäuschung ist aber nicht ausgeblieben; bei den letzten Wahlen ist die Sozialdemokratie wieder um mindestens 10 Jahre zurückgeworfen worden.

Hat die Sozialdemokratie politische Erfolge nicht aufzuweisen, so schädigt sie andererseits die Gewerkschaftsbewegung sehr durch das Hineintragen ihrer Ideen. Mit den sozialdemokratischen Theorien ist nämlich nichts anzufangen und sobald man anfängt, dieselbe in die Praxis, umzusetzen hat die Arbeiterschaft den Schaden davon. Erinnerung sei hier nur an die Wahlrechtsverschlechterung in einer Reihe norddeutscher Staaten. Ebenso

verhält es sich mit dem Generalstreik. Während die sozialdemokratische Doktrin den Generalstreik als bestes Mittel zur Durchführung sozialdem. Forderungen preist, ist man auch in den Reihen der sozialdem. Gewerkschaftsführer ganz anderer Ansicht. In Wirklichkeit hat ja auch die Arbeiterschaft überall dort wo Generalstreiks ausgebrochen sind, trotz anfänglich wirtschaftlicher Erfolge den Schaden gehabt. Es sei hier an die Generalstreiks der Eisenbahnarbeiter in Italien, Holland und Ungarn erinnert. Die Beschneidung des Koalitionsrechtes war die Folge. Ein ebenfalls von der politischen Sozialdemokratie Befordertes zur Durchführung ihrer Ideen ist die Arbeitsruhe am 1. Mai. Was aber die Arbeitsruhe am 1. Mai den Arbeitern bringt, das hat zur Genüge der Buchbinderverband erfahren. In einer Anzahl von Städten feierten die Buchbinder im Jahre 1906 am 1. Mai. Die Arbeitgeber betrachteten dieses als Vertragsbruch und sperrten die Buchbinder aus. In den Sommermonaten ist nun aber in der Buchbinderei flaute Zeit. Der Buchbinderverband hat drei Monate gekämpft und was ist das Resultat? Ein fünfjähriger Vertrag mit einer Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde und als Ablaufstermin des Vertrages der 15. Juni 1911, also wieder im Sommer in der flauen Geschäftszeit.

Fest soll ja die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai beseitigt werden und werden deshalb auf dem in Stuttgart stattfindenden Kongress die Geister demnächst wieder aufeinanderprallen. Die sozialdem. Theorien sind eben undurchführbar, sobald hier oder da versucht wird dieselben in die Praxis umzusetzen, zeigt es sich, daß die Arbeiter den Schaden davon haben. So schwindet selbst bei vielen „Genossen“ der Glaube an die Sieghaftigkeit des Sozialismus. Es ist daher auch nicht weiter verwunderlich, wenn der Vorsitzende des sozialdem. Buchbinderverbandes auf dem Kölner Gewerkschaftskongress vor zwei Jahren meinte, wenn der Generalstreik ein ungeeignetes Mittel zur Durchführung der sozialdem. Forderungen wäre, dann gäbe es überhaupt kein Mittel, dieselben zur Durchführung zu bringen; mit den Tarifverträgen könnte man die jetzige Gesellschaftsordnung nicht über den Haufen werfen. Was alledem geht zur Genüge hervor, daß mit sozialdem. Utopien der Arbeiterschaft nicht gedient ist.

Das autokratische System im Wirtschaftsleben wird allmählich durch zähe Gewerkschaftsarbeit beseitigt; wie dasselbe im Buchdruckerhandwerk schon dem konstitutionellen System hat weichen müssen, so werden auch andere Industriezweige mit der Zeit folgen. Und wie in der Industrie, so gewinnt auch im Staatsleben die breite Masse des Volkes immer mehr an Einfluß. Wie in Süddeutschland schon ein demokratisches Landtagswahlrecht besteht, so wird auch Preußen daran auf die Dauer nicht vorbeikommen. Je mehr aber die breite Masse des Volkes von den sozialdemokratischen Utopien abläßt und sich auf den Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stellt, desto schneller wird sich die oben genannte Entwicklung vollziehen.

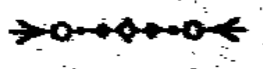
Eine ebenso alte Gruppe der Arbeiterbewegung wie die sozialdemokratische ist die der Girsch-Duncker'schen Gewerkschaften. Während aber die sozialdemokratischen Gewerkschaften z. B. etwa 1800 000 Mitglieder zählen, haben die Gewerkschaften es nur bis auf 118 000 Mitglieder gebracht. Der Unterschied ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Als Arbeiterbewegung kam man die Girsch-Duncker'schen Gewerkschaften eigentlich nicht betrachten, weil sie sich eben gar nicht, oder doch nur sehr wenig bewegten. Sie verlegten sich vielmehr auf das Kasernenwesen, ähnlich wie die freien Hilfskassen. Mit freien Hilfskassen aber ist der deutschen Arbeiterschaft nicht gedient. Auf geistlichem Gebiete aber gingen die Girsch-Duncker'schen vielfach denselben Weg wie die Sozialdemokraten. So konnten die Girsch-Duncker'schen Gewerkschaften gegenüber den sozialdemokratischen nicht vorwärts kommen weil sie keine größeren Ziele verfolgten. Sie waren und sind ohne Saft und Kraft. Es fehlt ihnen der große Schwung den eine Bewegung gegenüber der sozialdemokratischen haben muß, wenn sie vorwärts kommen will. In neuester Zeit geht letztere Gewerkschaftsrichtung viel mit dem Wortchen „national“ haushieren, wahrscheinlich um bei Wahlen etwas herauszuschlagen. Doch wird dies alles dieselben kaum vorwärts bringen. Die Girsch-Duncker'schen Gewerkschaften sind auf dem wahren Punkt angelangt und alles experimentieren wird dieselben nicht vorwärts helfen können.

Ganz kurz sei hier auch noch einer in neuester Zeit entstandenen Richtung Erwähnung getan. Es sind dies die sogenannten katholischen Fachabteilungen. Diese Richtung behauptet die Kirche müsse als Obertribunal auch in wirtschaftlichen Fragen gelten und müsse deshalb auch auf gewerkschaftlichem Gebiet in der Arbeiterbewegung autoritative Funktionen ausüben. Abgesehen davon, daß in Deutschland dieses System, selbst wenn alle katholischen Arbeiter mitmachen würden, nicht durchführbar wäre, weil die evangelischen Arbeiter einfach sagen würden, was geht uns die katholische Kirche an, so werden die Arbeiter nach diesem System als minderwertig den andern Ständen gegenüber betrachtet, da man bei diesen solche Experimente nicht anstellt; und doch ist gerade bei den Arbeitern eine Regsamkeit vorhanden, die

man sehr oft bei selbständigen Handwerkern und Kleinen und mittleren Kaufleuten vermischt. Auch verwerfen die Berliner den Streik, eine Gewerkschaftsbewegung ohne Streikrecht ist aber wie ein Messer ohne Klinge. Zwar wollen die Berliner alle Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege schlichten, aber wie ist es wenn die Parteien einen solchen Schiedspruch nicht anerkennen? Das Wirtschaftsleben ist übrigens so kompliziert, daß eine schiedsmäßige Regelung aller Streitfragen gar nicht möglich ist. Eine denkende Arbeiterschaft läßt sich übrigens die Bevormundung wie sie in der Berliner Richtung zum Ausdruck kommt, nicht gefallen.

Die christlichen Gewerkschaften haben trotz ihrer Jugend schon eine weite Verbreitung gefunden; so haben dieselben die alten Hirschbunkerischen Gewerksvereine längst überflügelt. Ein Endziel wie die Sozialdemokratie, haben sie sich allerdings nicht gesetzt, dafür brauchen sie ihr Programm auch nicht von Zeit zu Zeit einer Revision zu unterziehen oder unumwandelbar. Was den christl. Gewerkschaften den großen Zug und die Schwungkraft gibt, daß ist ihre Weltanschauung. Sie haben der in der Sozialdemokratie verkörperten atheïstischen Weltanschauung die christl. Weltanschauung entgegengesetzt. Diese ist ihr Fundament und sicher ihr auch ein erfolgreiches Fortschreiten gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung suchen die christlichen Gewerkschaften auf Grund der jeweiligen Verhältnisse das Mögliche und Durchführbare für ihre Mitglieder herauszuschlagen. Sie erziehen ihre Mitglieder zur Selbstständigkeit und geben ihnen dadurch die Möglichkeit dem autokratischen System entgegen zu wirken und so allmählich auf eine Konstitution hinzuarbeiten, in welcher die Rechte der Arbeitgeber sowohl als die der Arbeiter am besten gewahrt werden. Durch die Erziehungsarbeit in den Gewerkschaften werden die Arbeiter aber auch zur politischen Tätigkeit angepoont. Sie suchen in denjenigen Parteien, denen sie angehören Einfluß zu gewinnen, um so auch die gesetzgebenden Faktoren zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Ein konstitutionelles Arbeitsverhältnis und ein demokratisches Staatsgebilde, das sind die beiden Kardinalpunkte, worauf die Entwicklung hinweist. Daß diese Entwicklung ihre richtigen Bahnen geht, daran arbeitet mit aller Kraft die christliche Arbeiterbewegung. Zwar wird dieselbe in absehbarer Zeit der sozialdemokratischen Bewegung an Mitgliederzahl nicht gleichkommen, denn was dieselben in vierzigjähriger Arbeit aufgebaut haben, läßt sich in wenigen Jahren nicht überholen. Wenn aber auch die Zahl der Mitglieder nicht so groß, so stark sind die christlichen Gewerkschaften doch, daß man sie auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht machen können. Die christlichen Gewerkschaften werden so den Regulator in der Arbeiterbewegung bilden; sie rügen die gegenwärtige Staatsoberkeit und führen die Arbeiterschaft einer freien Zukunft entgegen.



Sozialdemokratie und Hülfsklassengesetzentwurf.

Seit Jahr und Tag wird in der deutschen Presse, ganz besonders in der Arbeiterpresse, ein scharfer Kampf gegen die sogenannten Schwindelfassen geführt. Unter solchen Verhältnissen man jene zweifelhaften Gründungen von Krankentassen, die nicht zu gemeinnützigen Zwecken erfolgen, sondern vielmehr zum persönlichen Vorteil der Gründer, meist recht dunstiger Ehrenmänner. Dagegen von solchen Tassen sind in den letzten Jahren entstanden und, nachdem sie das große Publikum entsprechend gerippt hatten, gerade so schnell wieder verschwunden.

Auf die lebhaftesten Beschwerden nun, welche bei den sozialpolitischen Debatten im Jahre 1904 über das Ueberhandnehmen der Schwindelfassen vorgebracht wurden, legte die Regierung im Jahre 1905 dem Reichstage einen Gesetzesentwurf vor, welcher das freie Hülfsklassenwesen neu regeln sollte. Der Entwurf war sehr mangelhaft und fand auch bei den bürgerlichen Abgeordneten eine scharfe Kritik. Er wurde jedoch einer Kommission überwiesen, um zu versuchen, ihn handhabbar umzugestalten. Von den Sozialdemokraten wurde die Kommissionsberatung lediglich angefaßt als unabhängiges Begleitstück des Gesetzes.

In der Kommission wurde der Gesetzesentwurf vollständig aufgehoben. Die Regierung kam den Beratungen entgegen durch Vorlage von einschlagendem Material, und sie ging auch bereitwillig auf die praktischen Vorschläge ein, die zur Beseitigung des Entwurfs eingebracht wurden. Von den bürgerlichen Parteien gehörten der Kommission an die Abgeordneten Schulz, Hübe, Krimm und Siebertz; die sozialdemokratische Opposition führte der Abgeordnete Stadthagen. Letzterer bewachte sich eifrig, der Kommission klar zu machen, daß das Gesetz auf eine Eröffnung der Hülfsklassen hinauslaufe, was bekannt sei, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu unterbinden und lediglich die Erleichterung für eine unbeschränkte Inanspruchnahme des Krankentassenwesens bezwecke. Nach bei der zweiten Beratung in der Kommission wurde er einige Dutzend Amendemententwürfe ein, um möglichst zu verhindern, daß die Beratung von der Vertagung im Frühling 1905 zu Ende geführt wurde. Es sagte ihm aber nichts! Der Kommissionsmitglied, mit Ausnahme des Herrn Stadthagen und seiner Freunde, haben die Heberzeugung gewonnen, daß der in der Kommission umgestaltete Gesetzesentwurf geeignet sei, die Entwicklung der Hülfsklassen zu fördern und gleicher Zeit die Möglichkeit bietet, ungesunden und zweifelhaften Gründungen entgegenzutreten. Das letztere wird ganz besonders erreicht durch die Unterbrechung der Hülfsklassen unter der Voraussetzung der Unfähigkeit und der Beseitigung des Charakters „der kleinen Vereine“ im Sinne des § 53 Absatz 1 des Versicherungs-Versicherungsgesetz. Das Gesetz wurde infolge der Auflösung des Reichstages nicht mehr verabschiedet.

Der bei der Beratung im Reichstag im Frühling 1905 hat die Regierung den Entwurf nach dem Vorschlag der

Kommission unter Hinzufügung umfangreicher Materialien, unter anderem auch mehrerer ausgearbeiteter Normalstatuten, neu eingebracht. Der „Vorwärts“ (Nr. 110) begrüßte in der ihm eigenen gemäßigten Ausdrucksweise die Einbringung desselben folgendermaßen:

Dem Reichstage ist gestern der „Entwurf eines Gesetzes über die Hülfsklassen“ vorgegangen. Dies Konstrukt entspricht im wesentlichen den von der vorjährigen Kommission gemachten Beschlüssen. Die Begrenzung zeigt sich durch besondere Nichtberücksichtigung des einmütigen Protestes der Hülfsklassen gegen das Gesetz aus. Die Motive verschweigen sorgsam die gegen den Entwurf erhobenen Einwendungen. Wie der im Vorjahre vorgelegte Entwurf würde auch dieser Entwurf, falls er Gesetz würde, dazu dienen, die Tätigkeit vieler Hülfsklassen lahmzulegen und den Schwindelfassen, falls sie unter patriotisch klingenden Namen oder unter der Leitung sogenannter Patrioten, Handwerker, Arbeiter und Gesinde begaunern, noch mehr wie heute die Wege ebnen. Es gilt nun, gegen diesen Beschleißig heuchlerischer Fürsorge und politischer Willkür Front zu machen.

Die gesamte sozialdemokratische Presse, einschließlich der Gewerkschaftspresse, plapperte das Urteil des „Vorwärts“ nach. Eröffnung der Hülfsklassen, Vernichtung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter &c. Wahrscheinlich haben die Kritiker den Entwurf selbst niemals genauer geprüft, sonst hätten wenigstens die sozialdem. Gewerkschaftsblätter zu einer andern Beurteilung kommen müssen. Um so erfreulicher ist es, daß nunmehr das „Hamburger Echo“, das sozialdemokratische Organ für Hamburg und Umgebung, in 4 längeren Artikeln den Gesetzesentwurf kritisch würdigt und bemittelt im allgemeinen zustimmt. Das „Echo“ erkennt an, daß die verbündeten Regierungen von dem Bedürfnis des Arbeiterbestehens und der Neueinrichtung von freien, auf der Selbstverwaltung der Mitglieder ruhenden Krankentassen überzeugt sei, und daß die Entwidlung dieser Tassen durch das neue Gesetz nicht gestört, sondern eher gefördert werde. Wörtlich schreibt das „Hamburger sozialdemokratische Organ“ nach der „Krankentassenzeitung“ (Nr. 19):

Diese Erfahrung hat uns dazu gebracht, auf Versicherungen der Regierung, daß ein vorgelegenes Gesetz nicht mißbräuchlicher Auslegung und Anwendung gegen berechnete Interessen der Arbeiter dienen solle und dienen werde, keinen entscheidenden Wert zu legen. Wir haben öfter die schärfsten Beweise vom Gegenteil erlebt. Aber diese Erfahrung überhebt uns nicht der Pflicht, zu verlangen, eine feste Anschauung darüber zu gewinnen: ob denn die Regierung im vorliegenden Falle irgend ein Interesse daran hat oder haben könnte, mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes, entgegen ihren Versicherungen, zu beabsichtigen, oder zu wankeln, mit dem von ihr vorgelegenen Gesetz auf die Eröffnung der freien Hülfsklassen hinzuwirken? Wir tragen nicht das geringste Bedenken, unter objektiver Beurteilung aller in Betracht kommenden Verhältnisse diese Frage zu verneinen.

Das ist nicht der jüngste Schlag, der gegen die Taktik des Abgeordneten Stadthagen, der unter allen Umständen eine bloße Abfertigung der Regierung konstatieren wollte, geführt werden konnte. Das „Echo“ würdigt dann die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs auf ihre Tragweite und ihre Wirkung und hebt ganz besonders hervor, daß die Erweiterung der Leistungen der Hülfsklassen, um die sie die letzten Jahre lang gekämpft haben, in dem Gesetz garantiert seien. Es sind dies unter anderem: freie ärztliche Behandlung, Gewährung von Hebammendiensten und Gewährung von Krankengeld an Bekleidungs- und bei Schwangerschaftsbeschwerden, Gewährung eines größeren Krankengeldes, als bei Krankentassen zuläßt, der Verpflegung der Mitglieder in Krankenhäusern &c. Die Befugnis der Krankentassen, ständige Verwaltungsstellen und Zweigvereine zu gründen, deren Befugnisse durch die Satzungen der Tassen selbst bestimmt werden, nennt das „Echo“ eine erhebliche Verbesserung gegen den jetzigen § 19a des Hülfsklassengesetzes. Das „Echo“ faßt das „Echo“ in folgenden Satz zusammen:

Nach unserer Ueberzeugung ist der Hülfsklassengesetzentwurf weder demnach gerichtet, noch ist er demnach beschaffen, die freien Hülfsklassen zu erschöpfen; ihr rechtliches Verhältnis wird nicht vergrößert, ihre Entwicklung nicht nicht erschwert oder verhindert; sie können vielmehr als notwendiger Teil des Versicherungsorganismus erhalten und wachsen und zu größeren Leistungen gelangen.

Diese objektive und sachliche Würdigung des neuen Hülfsklassengesetzes, das offene Urteil über dasselbe ist hoch erfreulich. Es zeigt sich hier wieder so recht, wie die von der sozialdemokratischen Partei im Reichstage erfolgte Rüge und Beseitigungspolitik die Förderung der geschunden Sozialreform und damit die Interessen der Arbeiter schädigt. Das Urteil des „Hamburger Echo“ ist um so wertvoller, als Hamburg der Hauptsitz der Hülfsklassen in Deutschland ist. Wie aber ist wohl ein Abgeordneter so sehr bevormundet worden von seiner eigenen Parteipresse, wie hier der Abgeordnete Stadthagen. Das „Echo“ gibt auch nach dieser Richtung hin dem Herrn Stadthagen einen deutlichen Wind:

Wir vermögen nicht einzusehen, daß die Hülfsklassen durch freie Anwendung des Versicherungsprinzips auf sie geschädigt werden könnten. Insofern, daß ihnen demnach mehr Arbeit erweisen kann oder lediglich ermöglicht, so ist das doch kein Grund, den Prinzip und seine Durchsetzung zu opponieren. Es kann sich in diesem Punkte nur darum handeln, zu ermöglichen, ob einzelne Bestimmungen des Entwurfs nicht zu weitgehend, nicht gar überflüssig oder doch besser und präzisere Fassung zu erziehen sind. Darüber zu befinden und ein maßgebendes Urteil abzugeben, ist nicht Sache juristischer Taktiker, sondern Sache der dazu berufenen Organe, der Hülfsklassen und ihrer Vertreter selbst, zunächst auf dem Gebiet des Hülfsklassenwesens ständiger ständiger Vertreter, denen praktische Einsicht und Erfahrung nicht fehlt.

„Juristische Taktiker“ hat Herr Stadthagen bei den Kommissionsberatungen angewandt, um den Entwurf zu Fall zu bringen! Wenn das nicht gelungen ist, so danken wir die Arbeiter den bürgerlichen Abgeordneten!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. Juli bis 13. Juli 1907 fällig ist.

Die Adresse des Vorsitzenden des 5. Bezirks ist: Subw. Kauf, Stuttgart-Ostheim, Rosenbergstraße 106 III.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Jung fest. Zugang ist fernzuhalten von.

Holzarbeitern aller Branchen nach Lipp Springs (Rufe & Zahrad), Rheine (Cl. Leugering), Dinklage (Gebrüder Hohenarbeiter aller Berufe nach dem Schwarzwald. Schreiner: Warendorf (Gälsmann), Danabrid (Koch), Fabrik (Scholz), Konstan, Böttrop und Regensburg. Bierjen (Geweis), Lards hut, Mühlhof (Kempf & Geiger), Sägearbeiter, Maschinisten und Plazarbeiter nach Reutlingen. Holzlehrer (Baben). Glaser nach Hamburg v. d. G. (G. Busch und A. Jaber.) Stralmscher nach Essen.

Streik in Landshut. Die hier den Meistern unterbreiteten Forderungen wurden von denselben abgelehnt. Dagegen vermindert man es mit der Lohnkommission in Verhandlungen zu treten. Dieses Verhalten der meistens kleinen Meister wird ihnen selbst zu keinem Vorteil gereichen. Abgesehen von dem Schaden, der durch das Leerstehen der Dänke entsteht, werden die Meister zusehen müssen, wo sie ihre Gehilfen wieder bekommen, weil viele der Kollegen bereits abgereist sind. Zugang ist fernzuhalten.

Lohnbewegung in Mühlhof a. S. In Mühlhof haben die Kollegen bei der Firma Kempf u. Geiger in Kündigung. Veranlassung hierzu gab das Verhalten des Fabrikanten, bei jede Verhandlung mit den Vertretern der Organisationen abgelehnt, und auch dem Fabrikantenschuß gegenüber keine annehmbare Zugeständnisse machte.

Aus den Verbandsbezirken.

21. Bezirk.

Am Sonntag den 23. Juni fand in Münster eine Zahlstellenkonferenz des 21. Bezirks statt. Vertreten waren die Zahlstellen Ahlen, Beckum, Coesfeld, Greven, Münster, Delde, Rheine, Telgte, Warendorf; nicht vertreten die Zahlstellen Dülmen und Fredenhorst. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Kuntze-Göln erschienen. Auch war unser Bezirkssekretär Kollege Schid anwesend. Aus den Berichten der Delegierten über den Stand der Zahlstellen war zu entnehmen, daß auf der ganzen Linie ein Aufschwung zu verzeichnen ist. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, mehr noch wie bisher alle agitationsfähigen Kräfte heranzuziehen, um eben auf diesem Gebiete das denkbar Beste leisten zu können. Betreffend der durchgeführten Lohnbewegungen konnten in jeder Zahlstelle Erfolge aufgewiesen werden, was zur erzielt 614 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Vertragsdauer pro Kopf 63 Tage 2 Stunden ausmacht. Sicher ein schöner Erfolg. 626 Kollegen erhielten eine Lohnerhöhung von pro Kopf 302,19 Mk. für die Vertragsdauer. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, daß eine jede Zahlstelle dafür sorgen sollte, daß die Arbeiter der Ortsverwaltung gut versteilt seien, damit nicht die ganze Arbeit auf einen Kollegen abgewälzt würden. Besonders wurde dabei betont, jede Zahlstelle möchte für eine gute und geregelte Buch- und Kassenführung Sorge tragen und von den Einrichtungen, die in den Zahlstellen bestanden, Gebrauch machen. (Arbeitsnachweis, Bibliothek usw.) Jeder Delegierte wird mit Befriedigung in seine Zahlstelle zurückgekehrt sein und das Bewußtsein mit sich genommen haben, auf der Konferenz manche gute Anregung erhalten zu haben. heißt nun, diese Anregungen in die Tat umzusetzen und die Parole zu folgen: Auf zur Agitation, bis der letzte Kollege der zum Zentralverbande christlicher Holzarbeiter gehört, die geführt ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chur (Schweiz.) Recht erfreuliche Fortschritte machen hier am Orte die christlichen Gewerkschaften. Trotzdem unsere Zahlstelle noch sehr jung ist, haben wir doch schon eine ganz beträchtliche Mitgliederzahl. Auch unser Arbeitsnachweis ist am besten geregelt. Leider fehlt es an Arbeitskräften. Weitens kommt die Meister vergehlich. In Deutschland wird gewiß mancher Kollege sein, der sich gern die Alpen und die Schweiz anschauen möchte. Es wäre gerade jetzt die beste Gelegenheit dazu. 15 bis 20 Kollegen können hier gute und lohnende Arbeit finden, Bau und Möbel, besonders Bau. Es herrscht dieselbe unter den Kollegen die Meinung, die Schweiz sei überlaufen, dies ist nicht der Fall. Schreiber dieses ist auch erst vor kurzer Zeit in Deutschland hierher gekommen und kann nur die größte Freude ausdrücken. Unsere Versammlungen verlaufen sehr ausregend und dadurch wird jeder Kollege zur Arbeit für den Verband munter und gefördert. Der Arbeitsnachweis befindet sich in Zürich.

Wien. Samstag den 22. Juni hielt unsere Zahlstelle die regelmäßige Ratifizierte Mitgliederversammlung ab, was einen sehr guten Besuch aufwies. Kollege Aid-Kaden hielt den Vortrag über die Einführung, Entwicklung und die Folgen des Handwerkes. Am Schluß des Abends ermahnt er die Anwesenden zur eifrigen Mitarbeit, damit auch in Wien ein erfolgreiches Werk geleistet werden könne. Die Zahlstelle hat eine sehr gute Bilanz. Der Bericht gab dem Vorstand

daß in Zukunft die Versammlung immer so gut besucht sei, wie die letzte und wies darauf hin, daß in der nächsten Versammlung wieder ein Referent zur Stelle sei. Die nächste Hauptideeversammlung findet Samstag den 20. Juli beim Wirtshaus in Hamborn statt.

Sagen. Da unser neuer Tarif mit dem 15. Juni in Kraft treten, ist es die erste Pflicht unserer Kollegen denselben streng zu halten und jeden Verstoß dagegen unverzüglich zu melden, und wir diesen Erfolg, welcher uns ohne Kampf zugefallen ist, auch ganz zum Vorteil unserer Kollegen ausnutzen können. Darf nunmehr nicht helfen, jetzt haben wir erst Ruhe, nein, gilt es die Zeit bis zum 30. April 1908 voll und ganz auszunutzen, damit wir dann als ein geschlossenes Ganzes da stehen, kein Kollege mehr außerhalb der Organisation zu finden ist. Ist Pflicht eines jeden Kollegen, durch unermüdbliche Agitation dabei mitzuwirken und die abseits stehenden Kollegen aufzuklären. Danach kann noch die Kollegen die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, so wird jeder auf dem Laufenden bleiben und wir können ruhig den Dingen, die da kommen, entgegensehen. Eine starke Kriegsmacht ist die beste Garantie für den Frieden.

Düren. An dieser Stelle möchten die hiesigen Kollegen daran erinnern, daß es nicht allein genügt zu bezahlen, sondern ein besonderer Bestrebungsbesuch erwünscht und in ihrem eigenen Interesse notwendig ist. Wenn da von den Mitgliedern manchmal kaum ein Wort zu hören ist, so braucht man sich nicht zu wundern, daß die meisten wenig oder überhaupt nichts davon wissen, was den Versammlungen besprochen wird. Mit Juni sollte doch der Ausschlag laut des Tarifes eintreten, welchem die Meister auch die Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Mehrere haben schon einen Antrag gestellt, die Kollegen wären vor der Zeit wenigstens aus dem Grunde erschienen, aber weit gefehlt. Es scheint, daß die meisten denken, der Verband wird schon, wenn nötig, sorgen. So kommt die Laune immer mehr zu und führt später zum Austritt. Kollegen, das muß anders werden. Laßt doch im nächsten Jahre den Tarif ab und wird es traurig um euch stehen, wenn ihr dann nicht gelassen dasieht. Darum die Schlafmütze ab und sei ein eifriger Agitator für unsere Sache, damit ihr nicht später ein Gegenstand zum Spott und der Wut der Meister preisgegeben werdet. An die Vertrauensleute muß auch die Bitte gerichtet werden, die Kollegen immer pünktlich aufzusuchen und immer auf die Versammlung aufmerksam machen, dann wird es schon anders werden.

Schönlank. Müller II aus Söln, der bekannte Geschichtsschreiber der christlichen Gewerkschaften, hat nunmehr auch Schönlank mit seinem Besuche beehrt. Leider wußten die hiesigen Mitglieder des sohd. Holzarbeiterverbandes, die ihnen zu teuf gewordene Rede nicht zu schätzen. Von ungefähr 180-200 Mitgliedern waren ganze 60 zur Müller'schen Versammlung erschienen. Und Müller sprach über den Kampf der Neuzeit? Trotz der kräftigen Unterstützung vor Beginn seiner Rede, brachte er es nicht fertig seine Rede zu beendigen. Er redete und redete bis er endlich auf seinem Gebiete angelangt war. Er schätzte anscheinend seine Rede für recht bumm ein, da er seine der breitesten Öffentlichkeit schon bekannten Forschungen über die christlichen Gewerkschaften wiederholt zum besten gab. Seine Forschungen haben in letzter Zeit nicht den wünschenswerten Fortgang genommen. Das einzige Neue, was Müller II bieten konnte, war die Entdeckung, daß die christlichen Gewerkschaften mit dem Gelde der Unternehmer verbunden seien. — Der Eifer hat in Söln nicht die schlechteste Wirkung getan, die Müller'schen Forschungen im Interesse des Holzarbeiters eines guten Humors zu subventionieren.

Furtwängers. In der gegenwärtigen Ausperrungsbewegung, die man in Broschüren und Flugblättern von Seiten des Arbeitgeber-Verbandes von „unsern Lohnstatistiken“, guten hohem Lohn u. d. Da glaubt dann schließlich mancher noch, dass sei das so. Es wurde schon einmal in einer früheren Nummer des Organs darauf hingewiesen, was für Löhne zum Teil hier bezahlt werden. Um nun diese „Lohnstatistik“ hinter den Vorhang noch einmal ins bessere Licht zu stellen, seien auch wieder einige Fälle angeführt, die nicht einzig in ihrer Art da stehen. Wenn z. B. ein Polierer in 12 Tagen 16 Mk. verdient, so ist das gewiß nicht besonders viel. Gelegentlich eines Besuchs am Lohnzulage, wurde ihm aber die Antwort: „Er verdient ja einen schönen Lohn und es könne nicht mehr bezahlt werden.“ Ein anderer Arbeiter verdient pro Tag 1,20 Mk., gewiß auch ein schöner Lohn, denn es macht ja pro 12 Arbeitstage eine schöne Summe von 14,40 Mk. Allerdings geht an diesen Löhnen noch das Kranken- und Invalidengeld ab. Für Materialien zum Arbeit, Polierlappen, Spiritus usw. müssen die betreffenden Leute zum Teil mehr zahlen, als die Firma es tut; z. B. wurde dem Schreiber dieser Zeilen bestätigt, daß für 1 Pfd. Polierlappen dem Arbeiter 50 Pfg. abgezogen werden, wo die Firma nur 40 Pfg. dafür bezahlt! Dazu noch Worte zu verlieren, wäre überflüssig. Aber der eine der obigen Arbeiter ist zu verstehen, wenn er sagt: Er könne die meiste Zeit nicht zum Nachhaken gehen, denn so weit reiche sein Verdienst nicht aus und einmal eine Pagarre zu zahlen, sei gar keine Rede. Als in demselben Geschäft jüngst eine alte Arbeiterin den Prinzipal fragte, wie die Sache mit der Ausperrung sei, ob man wirklich arbeitslos gemacht werde u. s. f., da bekam sie die treffliche Antwort: „So schnell gehe das nicht, wenn jetzt die Schwachen da drin mal ausgehungert sind, dann kommt ihr dran! Wir aber sagen: wo solche Löhne bezahlt werden, ist eine Hungerkur nicht vonnöten, denn solche Arbeiter müssen stets barben. Angeführt sei noch, daß bei dieser Firma der Nachwächter jahraus, jahrein nie frei hat. Eine Abkündigung alle 14 Tage, oder auch nur alle Monat einmal, kennt man da gar nicht. Jedoch nicht nur bei dieser Firma werden solche hohe Löhne bezahlt, sondern es gibt deren noch mehr, z. B. kann auch ein Arbeiter genannt werden, der an Automaten pro 12 Arbeitstage seine 18-19 Mk. herausbringt. So heißt also die „Lohnstatistik hinter den Vorhang“ aus, wenn man bei Tageslicht etwas besser sieht. Die Furtwängers-Gewerkschaften spielen zum Teil während dieser Ausperrungsperiode gegen die Arbeiterchaft eine traurige Rolle. Durch ihre Forderungen, während der Ausperrung für keinen Pfennig zu zahlen, — eher die Löden zu schließen, als so ausgeperrten Arbeitern etwas zu geben u. s. f., hat gewiß manchem ihrer Kunden die Augen geöffnet. Aber, daß es noch Geschäftsleute gibt, die glauben, sie müßten die Leute von der Organisation ausschließen, den Arbeiterinnen und Frauen Himmel und Hölle beschicken, um sie zu ängstigen, damit sie keinen Verband beitreten, das ist denn doch zu stark. Sind etwa die Bäcker, Metzger und Fleischer nicht auch zusammengeschlossen in Vereinen und Verbänden? Alle Lebensmittel und alle Gebrauchsgüter werden immer teurer, und dieselben Kaufleute und Gewerbetreibenden die immer und immer wieder die Lebensmittelaufschläge proklamieren, sind es hier, die dem Arbeiter hindern in den Weg treten, wenn er seine Lage zu verbessern sucht. Wenn könnte es am meisten zu tun sein, wenn der Arbeiter finanzielle Kräfte hätte, um diesen...

Kollegen Furtwängers! Hier müßt ihr zeigen, daß ihr euch von Geschäftsleuten absolut nicht vorbilligen laßt, und laßt den extremsten von diesen einmal fühlen, von wem sie eigentlich hauptsächlich den Profit in die Tasche schieben. Vorwort ist für solche rückständigen Geschäftsleute ein fremder Begriff, aber für solche Laten könnten sie ihn einmal zu fühlen bekommen; dann würde sich auch manche Sabentüre schließen können, wenn auch unfreiwillig.

Nach all dem gesagten wird aber jeder Kollege wissen was er zu tun hat, und in der Hauptsache muß gesagt werden: Agitiert! Jeder muß es sich zur Ehre anrechnen sobald als möglich ein neues Mitglied gewonnen zu haben, damit in absehbarer Zeit solche Mißstände, wie sie heute wieder besprochen werden mußten, aus der Welt geschafft werden können. Und gar wenn bis im Oktober dieses Jahres die Aussperrung auch hier voll durchgeführt werden, wie ein Werkführer dieser Tage bekannt gegeben hat, so muß es Ehrenpflicht jedes einzelnen Kollegen sein, den Verband so viel als möglich zu stärken. Verdoppelt und noch mehr an Zahl haben wir uns in kurzer Zeit. Wohlan nun, jeder nochmals frisch ans Werk zur Agitation, damit auch der rückständigste, interessenloseste Arbeiter noch gewonnen wird. Nur unsere Menschenrechte zu erkämpfen und zu wahren und unsere Lebensregeln zu sichern sind wir vereinigt im Verband und jeder, der an diesen unseren heiligsten Gütern zu verstoßen sich erlaubt, soll künftig uns im Kampfe gegen sich finden. Ein jeder Kollege sei also ein Agitator für seine eigenen Interessen und für die Interessen der ganzen Arbeiterchaft.

Zell i. B. Im Wiesental macht der Zentralverband christl. Holzarbeiter gute Fortschritte. So hat insbesondere auch unsere Zahlstelle in letzter Zeit einen tüchtigen Aufschwung zu verzeichnen. Nur vereinzelt stehen am Orte beschäftigte oder ansässige Kollegen dem Verbande noch fern. Sind unsere Mitglieder auf dem Posten, so wird es nicht schwer fallen, auch diese wenigen noch zu gewinnen. Mit Erfolg wirkt unsere Zahlstelle auch in der Umgegend. Am 14. Juli findet wiederum eine Versammlung in Gressen, Gasthaus zum Löwen statt. Von den Keller Kollegen darf erwartet werden, daß sie zu dieser Versammlung in der ein Vortrag gehalten wird, wann für Mann erscheinen werden. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bochum. In unserer am 6. Juli abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach Redakteur Rafflenbeul-Essen über die Gründung von sogenannten „gelben Gewerkschaften“, wie solche heute von Reuten ins Leben gerufen würden, denen das Streben der deutschen Arbeiter nach annehmbaren und erträglichen Arbeitsverhältnissen, sowie nach Gleichberechtigung ein Dorn im Auge ist. Nebenher schwebte eingehend die Ursachen und die Entstehung dieser „gelben Organisation“, sowie auch die der sogenannten „Vaterländischen“ Vereine, welche letztere hauptsächlich vom „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ gefördert würden. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wird seinen Zweck dadurch nicht erreichen, kann doch mit einer Arbeiterchaft, welche auf ihre Koalitionsrechte verzichtet und auch sonst in jeder Weise ihre Arbeiterrechte preisgibt, die Sozialdemokratie eher gefördert als gehemmt werden. Folgende Resolution wurde zu diesem Referat angenommen:

„Die am Samstag den 6. Juli im Lokale des Herrn Wense stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt, daß die Gründung der sogenannten gelben Gewerkschaften und vaterländischen Arbeitervereine nicht der christlich-fürsorglichen, sozialen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes dient, im wohlverstandenen nationalen Interesse auf diese zu beharren ist. Zu den Grundrechten der Arbeiterschaft gehört das Streikrecht. Ohne dieses Recht ist die Arbeiterbewegung zur Ohnmacht verurteilt. Auf den Streik, als letztes Mittel kann kein Verzicht geleistet werden. Eine Arbeiterschaft, die sich unter Verzicht auf das Streikrecht im nachen Interesse des Unternehmertums organisiert, wie es bei den gelben Gewerkschaften geschieht, wird zum Berräter an den Menschenrechten des deutschen Arbeiterstandes. Die Versammlung appelliert an die deutsche Arbeiterschaft auch in Zukunft machtvoll für die christlichen Gewerkschaften, wie für die konfessionellen Arbeitervereine tätig zu sein.“

Sodann sprach Kollege Schid über die Verhältnisse am Orte. Er betonte, daß bereits durch die Gewerkschaft hier in Bochum wie auch im hiesigen Bezirke annehmbare Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge geschaffen seien. Um diese Errungenschaft zu erhalten und den Verhältnissen entsprechend weiter auszubauen, sei es Pflicht jedes Kollegen für die Ausbreitung des christlichen Holzarbeiterverbandes Sorge zu tragen.

Schönlank. Wie traurig die Zustände an unserem Orte sind, läßt sich garnicht beschreiben. Es sei an dieser Stelle nur folgender Fall erwähnt: Der Johannitag (24. Juni) ist für Schönlank ein großer Gedenktag und zugleich ein von der Regierung genehmigter Feiertag. Dieser Tag ist für unsern Ort von historischer Bedeutung, weil an diesem vor vielen Jahren über Schönlank ein schroteres Gewitter vorüberzog, welches großen Schaden anrichtete. Zum Andenken wird nun der Johannitag gefeiert. Sämtliche Betriebe ruhten an diesem Tage, nur die Firma Hild harte sich nicht an die Arbeit, sie fand es richtig, daß der 1. Mai gefeiert werden müsse; aus diesem Grunde ruhte damals der Betrieb, während alle anderen arbeiten ließen. Da sich nun die nichtsozial. Arbeiter ereifert hatten, am Johannitag zu feiern, es waren deren 12 an der Zahl, 5 waren davon christlich organisiert, wurden sie den folgenden Tag sofort entlassen. Nun kann man sich das Jubelgeschrei der „Genossen“ denken, welche die Bewahrung veranlaßt hatten, unsere Kollegen auf Pflichten zu setzen. Einige davon wurden jedoch wieder eingestellt, weil nicht, wie die Firma hoffte, von allen Seiten die Arbeiter herandrängten. In Anbetracht solcher Vorkommnisse muß es den Kollegen angelegen sein, für unsern Verband zu agitieren und zu arbeiten, damit wir bei kommenden ähnlichen Fällen gerüstet sind.

Karlsruhe.

Karlsruhe. Eines der größten Uebel, das die Christen der hiesigen Korbmacher bedroht, ist die Lehrlingszuchterei, die namentlich hier im nördlichen Bezirke in raffinierter Weise betrieben wird. Früher mußte ein Lehrling 2 bis 3 Jahre lernen, heute genügen 2 bis 3 Monate, oft bloß ein Monat, um einen Jungen oder älteren Bauernjahn zum Meister zu stampeln. Kommt zu dem ein Junge aus der Schule, so geht der Vater bereits im Herbst vorher zum Weidenverkauf. Von Qualität und Quantität der Porzellan hat derselbe natürlich keine Ahnung. Da nimmt man sich einfach einen erfahrenen Arbeiter auf Korn und hielet solange, bis dieser schmeigert muß. Auf diese Weise reisen die jungen Arbeiter das meiste Material zu sehr hohen Preisen an sich, während der erfahrene Arbeiter, der eine Familie zu ernähren hat, schließlich gezwungen ist, um nicht leer auszugehen, selbst zu hohen Preisen zu kaufen und dann für einen geringen Lohn arbeiten muß. Haben nun die Karlsruher ihre kurze Schulzeit beendet, so beginnen sie sofort mit dem ganzen Karlsruher Holz...

herzustellen, durch welche auf die Dauer eine Ueberproduktion erzeugt wird, die uns zum Verderben wird und die sich schon jetzt stark bemerkbar macht. Da diese Arbeiter durch Mangel an Ausbildung meistens nur Schundwaren herstellen, für welche die Händler nicht den vollen Preis zahlen, wird dadurch die allgemeine Preislage gedrückt. So kommt es, daß aus der Lehrlingszuchterei alle Schäden hervorgehen. Wie aber sollen wir diesem Uebelstand abhelfen? Der einzelne steht dem machtlos gegenüber, — ein Gesetz besteht noch nicht — da kann uns nur die Organisation helfen und zwar eine solche, die uns den finanziellen Rückhalt bietet unsere Bestrebungen mit Energie durchzuführen. Dieses wird uns geboten im Zentralverband christlicher Holzarbeiter. Durch die Organisation ist es uns möglich Verträge mit den Händlern abzuschließen und darin auch die Lehrlingsfrage zu regeln.

Bürsten- und Pinselmacher.

Dinkelsbühl. Schwer war es unseren Kollegen zu beweisen, daß auch in Dinkelsbühl es möglich ist, durch die Organisation eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Erstens war es die Furcht vor dem Unternehmertum, die die Kollegen von dem Verbands zurdächte und zweitens ist es auch viel den Kollegen zuzuschreiben, welche durch ihre Interesslosigkeit den Wert der Organisation nicht erkannten und nachdem sie eine kurze Zeit bezahlten, ihr wieder den Rücken zuwenden. Erst durch unermüdbliches Schaffen unserer Bewahrung und durch Abhaltung mehrerer öffentlichen Versammlungen ist es uns gelungen, so viele Kollegen der Pinsel-Branchen zusammenzubringen, daß wir uns sagen konnten, es wäre nicht ganz ausschließlos, wenn wir in eine Bewegung eintreten würden. Da wir in Dinkelsbühl auch mit einer Zahlstelle des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes zu rechnen hätten, so beschloßen wir, den Ausschuß der genannten Zahlstelle zu einer am 25. Februar im unserem Lokale stattfindenden Besprechung einzuladen, wo sie auch erschienen. Nachdem unser Vorsitzender den Zweck der Besprechung kargelegt hatte, wurde einstimmig beschlossen, daß in drei Fabriken eine Forderung gestellt wird. Es wurden die Anwesenden, welche bereits lauter Pinselmacher waren, mit dem Entwerfen der verschiedenen Tarife betraut und zwar, daß der Ausschuß unserer Zahlstelle für die Rysche, der Ausschuß der freien für die Brandische und für die Gebrüder Fabrik wurde der Tarif gemeinsam ausgearbeitet, so daß am Samstag den 2. März schon die Tarife zur Einsicht lagen. Jedoch stiegen in der 2. Ausschußsitzung den „Genossen“ Zweifel auf, ob es eigentlich gehen würde, welche aber durch das energische Auftreten unseres Ausschusses zum Scheitern wieder gezwungen wurde. Es hielt nun am 4. und 5. März der sozialdemokratische Gewerkschaft Stein Werkstättenversammlungen ab, in welchen er betonte, daß in Dinkelsbühl nichts zu machen sei, solange nicht Mann für Mann organisiert wären; dieses trug schon dazu bei, daß einige den Mut verloren. Besonders schwer zu Herzen mußten sich die Worte ihres Gewerkschafts gewonnen haben, der erste Vorsitzende und der Kassierer, denn als am 15. März Kollege Schwarz eine Werkstättenversammlung abhielt, wurde gemeldet, daß der 1. Vorsitzende und der Kassierer des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes krank seien und uns wurden zwei ganz frisch zum Ausschuß herangezogene Mitglieder, darunter auch ein Schreiner, welcher erstens von der Pinsel-Branchen kein Ahnung und zweitens die vorhergehenden Verhandlungen nicht mitgemacht hatte, gesandt. Letzter brachte nun zum Ausdruck, was die beiden Erkrankten nicht gerne getan. Er erklärte nämlich in der am 16. März stattgefundenen Werkstättenversammlung, daß in Dinkelsbühl nichts zu machen sei und daß wir uns auf 10 Jahre zurückzuschlagen würden, wenn wir in eine Bewegung eintreten. Aber trotzdem gaben wir die Hoffnung nicht auf und legten die Tarife den Mitgliedern vor, welche damit einverstanden waren und sich aussprachen, daß sie sobald als möglich eingereicht werden würden. Als nun am Donnerstag den 28. März eine Ausschußsitzung anberaumt war, in welcher die Tarife abgehandelt werden sollten, erschienen auch die beiden Kranken „Genossen“ und äußerten, daß in der Brand'schen Fabrik kein Tarif eingereicht werden dürfte, weil sie dort beschäftigt wären. Der Vorsitzende glaubte, er brauche am Osterdienstag nicht mehr anzufangen und der Kassierer sagte, er müsse seinen Beschlüssel einliefern. Es gelang ihnen nicht, die Sache zum Scheitern zu bringen und so wurden am andern Tage die Tarife eingereicht und zur Befreiung unserer Kollegen genehmigt. Dieses nur zur Aufklärung über die Forderungen, welche der Kassierer des „freien“ Verbandes im Gasthaus zu Greifen am Pfingstmontag einigen Bürstener Kollegen gegenüber in Gegenwart des Kollegen Karl Wager von unserer Zahlstelle gemacht hat. Er führte aus, die Pinselmacher in Dinkelsbühl hätten mehr bezweckt, aber wir haben auch mit den Christlichen zu rechnen und wie die es machen, ist bekannt. Die Mitglieder der Zahlstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes wissen und sind überzeugt, daß mehr bezweckt hätte werden können und bezweckt worden wäre, wenn die „Freien“ es so aufrechtig mit uns gemeint hätten, wie wir mit ihnen, denn in der 1. Ausschußsitzung wurde beschlossen, daß, wenn der Gewerkschaft Stein nach Dinkelsbühl kommt, auch die Christlichen eingeladen, und wenn unser Streik kommt, daß auch sie eingeladen werden. Wir haben sie jederzeit eingeladen, als aber Gewerkschaft Stein kurz vor der Einreichung der Tarife in Dinkelsbühl war, wurden 1) die Christlichen nicht eingeladen, 2) wurde alles so im geheimen abgemacht, daß nur der Ausschuß der „Freien“ es erfahren durfte und 3) als ein Mitglied von uns des andern Tages ein Ausschußmitglied fragte, ob Stein hier war, sagte dieses „Nein“; warum dies alles, wenn man herzlich sein will? Hätte wir nicht töricht gehandelt, wenn wir uns noch einer Gefahr ausgesetzt hätten, wo wir doch schon im voraus gesehen haben, daß ein gegebenes Wort so wenig gilt. Trotz alledem war es unsere Bewahrung, die alles daran setzte, als es gerade in der Brand'schen Fabrik Differenzen gab, um auch zu zeigen, daß die Organisation bei der Abklärung von Tarifen etwas mitzureden hat; obwohl der Vorsitzende der „Freien“ zu einigen Kollegen sagte, wegen 30% fangen wir nicht an. Bedenken machte den „Freien“ auch, daß in einem Artikel des „Rheinischer Tageblatt“ über die Bewegung in Dinkelsbühl nur die Christlichen erwähnt waren und nicht die „Freien“. Darauf wurde eine Anfrage an einen unserer Kollegen gestellt. Derselbe hätte die Fragesteller soweit auf, daß sie in der Besammlung Reichenschaft über die Bewegung verlangten, wo aber das in diesem Bericht erwähnte alles abgeleitet wurde und der Vorsitzende erklärte, daß ihnen das nur ein Christlicher weiß gemacht hätte. Aber auf dem Heimweg gab der Vorsitzende zu, daß dies vorgekommen sei, aber die Mitglieder brauchen es nicht zu wissen. Das ist auch eine Ehrlichkeit! Trotz dem werden den Christlichen die Vorwürfe gemacht. Darum sehen wir uns verpflichtet, dieses allen unseren Kollegen zu übermitteln und erfragen zugleich den Ausschuß der Zahlstelle des sohd. Holzarbeiterverbandes in Dinkelsbühl über diese Ausführungen, falls sie auf Unmeharheit beruhen, sich in der ihm zur Verfügung stehenden Presse zu verantworten.

